

## Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 12. November

# Länger Arbeitslosengeld für Ältere

Der Koalitionsausschuss ist am 12. November 2007 auseinander gegangen, ohne in allen Punkten einvernehmliche Lösungen zu erzielen. Die SPD hat sich bei der Frage einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes, beim Erwerbstätigenzuschuss und bei der Weiterentwicklung des Kinderzuschlages durchgesetzt. CDU/CSU blockieren weiterhin den Mindestlohn. Nachfolgend eine Übersicht über die Ergebnisse des Koalitionsausschusses.

### 1. Arbeitslosengeld

Die SPD hat sich bei der Frage der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes durchgesetzt: Arbeitslose ab 50 Jahren erhalten eine Zahlung von 15 Monaten (bei 30 Monaten Vorversicherungszeiten innerhalb der letzten 5 Jahre), 18 Monaten ab 55 Jahren (bei 36 Monaten Vorversicherungszeit) und 24 Monaten ab 58 Jahren (bei 48 Monaten Vorversicherungszeit). Unterbrechungen in den letzten fünf Jahren sind für den Anspruch unschädlich. Das kommt vor allem Frauen und Ostdeutschen zu Gute.

Für Saisonbeschäftigte und Künstler, die die Zeiten nicht erreichen, soll im Rahmen der Beratungen im Deutschen Bundestag nach Lösungen gesucht werden.

Der Versuch der Union, den befristeten Zuschlag für Arbeitslose, die vom Arbeitslosengeld in das Arbeitslosengeld II kommen („Treppe“) abzuschaffen, konnte von uns zurückgewiesen werden.

Die Generationen werden nicht gegeneinander ausgespielt. Jüngere müssen nicht für Ältere zahlen, wie die CDU und Herr Rüttgers das wollten. Die Union hat den ungerechten Vorschlag von Herrn Rüttgers vom Tisch genommen.

Die Bundesagentur für Arbeit wird 500 Mio. Euro für zusätzliche Maßnahmen zur Integration Älterer in den Arbeitsmarkt bereitstellen. Wer Anspruch auf ein verlängertes Arbeitslosengeld hat, bekommt einen Eingliederungsgutschein, entweder gekoppelt mit einem konkreten Arbeitsangebot oder mit dem Auftrag, sich um dessen Einlösung zu bemühen. Gelingt die Einlösung nicht, erhält der Arbeitslose das verlängerte Arbeitslosengeld.

**Fazit: Niemand wird weniger haben, viele werden mehr haben!**

### 2. Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge sinken zum 1.1.2008 auf 3,3 %. Dies entlastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.

### 3. Mindestlohn

CDU und CSU wollen keinen Mindestlohn. Sie sind gegen Regelungen, dass Menschen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Sie haben alle bisherigen Zusagen zurückgenommen. Für die SPD ist der Mindestlohn eine Frage der sozialen Ge-

rechtigkeit: Wer vollschichtig arbeitet, muss davon anständig leben können.

Der Post-Mindestlohn muss kommen. Es geht um fairen Wettbewerb auf dem Briefmarkt. Es gibt einen Tarifvertrag der Tarifparteien, der – wie vom Kabinett in Meseberg beschlossen und von der Kanzlerin verbindlich zugesagt – in das Entsendegesetz aufgenommen werden muss. Ein Tarifbruch ist mit uns nicht zu machen!

Die Kanzlerin hat ihre Zusage aus dem letzten Koalitionsausschuss gebrochen, das Auslaufen des Briefmonopols hinauszuschieben, falls es bis zum Ende des Jahres keinen Mindestlohn für die Briefdienstbranche gibt.

**Fazit: Die Union betätigt sich als Lohndrücker von Briefträgern im Interesse von Großkonzernen!**

#### **4. Erwerbstätigenzuschuss und Kinderzuschlag**

Wir haben erreicht, dass im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit 1 Mrd. Euro für den „Bonus für Arbeit“ eingestellt werden. Für die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags werden im Bundeshaushalt bis zu 200 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt. Das BMAS wird beauftragt, die Arbeiten an einem entsprechenden Gesamtkonzept fortzusetzen und einen entsprechenden Vorschlag in Abstimmung mit den betroffenen Ressorts vorzulegen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Erwerbstätige, die Vollzeit beschäftigt sind oder nahe dran, aber mit ihrem Arbeitseinkommen

nicht das volle Existenzminimum erreichen, möglichst vor Hilfebedürftigkeit schützen und bessere Anreize zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit in Richtung Vollerwerbstätigkeit setzen. Zudem wollen wir die Leistungen für Kinder von Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich verbessern.

#### **5. 58er Regelung**

CDU und CSU geben es nicht auf, ältere Arbeitslose in Zwangsrente zu schicken. Der von Franz Müntefering erarbeitete Gesetzentwurf einer wirkungsvollen Regelung zur Vermeidung der Zwangsverrentung mit Rentenabschlägen ist von der Union zurückgewiesen worden. Nach unserem energischen Drängen hat die Union eine Woche Bedenkzeit erbeten. Auch hier lässt die Union die Menschen alleine.

#### **6. Bahnreform**

Eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Wolfgang Tiefensee soll für die Bahnreform zwei Modelle prüfen: Das vom SPD-Parteitag beschlossene Modell der Volksaktie und ein Alternativmodell unterhalb einer Konzernprivatisierung. Es bleibt dabei: Die Bahn wird nicht zerschlagen, der konzerninterne Arbeitsmarkt wird fortgeführt, private Beteiligungen werden auf maximal 49,9 % begrenzt, Private Investoren erhalten keinen Einfluss auf die Infrastruktur. In der nächsten Sitzung des Koalitionsausschusses am 10.12.2007 wird Wolfgang Tiefensee einen Bericht abgeben. Für uns gilt die Festlegung des Parteitages in Hamburg!